

Probleme/Hinweise/Fragen für die bilateralen Gespräche mit den Delegationen der Sicherheitsorgane einzelner Bruderstaaten

UdSSR

Die gegnerische politisch-ideologische Diversion konzentriert sich - initiiert von den USA - in ganz besonderem Maße auf die UdSSR als der mit Abstand stärksten sozialistischen Macht. Die antisowjetische Propaganda ist dabei unter amerikanischem Einfluß besonders scharf, verleumderisch und feindselig. Auch die Potenzen der imperialistischen Ost- und Kommunismusforschung werden zu großen Teilen für die Analyse der sowjetischen Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik genutzt. Diese Tendenzen haben sich seit der Wahl von Gen. Gorbatschow zum KPdSU-Generalsekretär und in Verbindung mit dem XXVII. KPdSU-Parteitag noch verstärkt.

Obwohl es im sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aus westlicher Sicht erhebliche Schwächen gebe, sei die innere Stabilität der UdSSR hoch einzuschätzen. Gegenwärtig gebe es ungeachtet der gelegentlichen Aktionen einzelner regimefeindlicher bzw. -kritischer Kräfte keine wirksame Dissidentenbewegung mehr. Veränderungen seien nur langfristig denkbar, vor allem wenn sich die angeblich in Teilen der sowjetischen Jugend sichtbare Verweigerungshaltung fortsetze und ausweite.

Die gegnerischen Angriffe und Einwirkungsversuche konzentrieren sich u. a. auf folgende Probleme bzw. Behauptungen:

- "Degenerationserscheinungen" des gesellschaftlichen und politischen Lebens
- Abnahme der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie
- Zurückbleiben im wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und sozialpolitischen Bereich
- Förderung und Nutzung nationalistischer und religiöser Tendenzen in nichtrussischen Teilen der UdSSR (z. B. Einfluß der katholischen Kirche in baltischen Sowjetrepubliken, besonders in Litauen, Rolle des Islam in einigen südlichen Unionsrepubliken).

Dabei wird in internen amerikanischen und westdeutschen Analysen im allgemeinen betont, daß alle diese Probleme auch bei einer eventuellen weiteren Zuspitzung das sowjetische System nicht gefährden könnten.

Die von der sowjetischen Seite übergebenen Informationen befassen sich etwas häufiger als in der Vergangenheit mit Fragen der ideologischen Diversion. So erhielten wir in den vergangenen Monaten u. a. interessante Informationen über gegnerische Pläne zur Nutzung des Wiener Folgetreffens für die Forcierung der Menschenrechtskampagne, über die Ostpolitik des Vatikans und vaticanische Verbindungen zu PID-Zentren sowie über westliche Absichten zur verstärkten Nutzung des Wissenschafts-, Kultur- und Jugendaustausches für das verstärkte ideologische Eindringen in die sozialistischen Staaten.

Fragen, die erörtert werden könnten

- Wie beurteilt die sowjetische Seite die Wirksamkeit der gegnerischen Medienpropaganda auf die sowjetische Bevölkerung und welche Gegenmaßnahmen werden - auch angesichts der sich abzeichnenden neuen technischen Möglichkeiten (Satellitenfernsehen) - geplant bzw. durchgeführt?
- Möglichkeiten zur Verstärkung des Informationsaustausches über die Ostpolitik des Vatikans.
- Abstimmung der Bearbeitung der Sender RFE/RL, einschließlich politisch-aktiver Maßnahmen.
- Verstärkter Informationsaustausch zu Geheimdienstmitarbeitern bzw. zu Wissenschaftlern mit geheimdienstlichem Hintergrund, die auf dem Gebiet der Ost- und Kommunismusforschung in den USA tätig sind.
- Gedankenaustausch über Möglichkeiten zur Beeinflussung und partiellen Nutzung von Mitarbeitern von Einrichtungen der politisch-ideologischen Diversion bzw. der Ost- und Kommunismusforschung in westeuropäischen Ländern, die die konfrontative amerikanische Linie ablehnen und für ein flexibleres, stärker an den Realitäten orientiertes Vorgehen eintreten.

VRP

In westlichen Analysen wird die innere Situation in der VRP als weiterhin kompliziert beurteilt. Gleichzeitig werden aber ein nicht zu übersehender Rückgang des Einflusses von "Solidarnosc" und anderen oppositionellen politischen Gruppierungen und zunehmende Tendenzen der Resignation in diesen Kreisen konstatiert, so daß kurzfristig mit keinen akuten Zuspitzungen der Lage zu rechnen sei. Langfristig bleibe das Problem des Verhältnisses von Staat und Kirche für die Lage in Polen von entscheidender Bedeutung, zumal noch über lange Zeiträume von einem starken Einfluß der katholischen Kirche auf große Teile der polnischen Bevölkerung auszugehen sei.

Die Politik der imperialistischen Staaten gegenüber Polen ist unterschiedlich. Vor allem die USA halten weitgehend an einer Politik der Isolierung und Diskreditierung Polens fest, während z. B. bei realistischeren Kräften in der BRD (einschließlich AA) die Auffassung überwiegt, daß der Westen die politischen Beziehungen zu Polen schrittweise wiederaufnehmen sollte, weil er nur durch eine Politik der Öffnung und verstärkter Kontakte Einfluß auf die Entwicklung in Polen nehmen und das in diesem Land vorhandene Potential für eine eigenständige, reformfreundige Politik nutzen könne. Gleichzeitig tritt die BRD gegenüber Polen als Interessenvertreter in Polen lebender Personen deutscher Volksangehörigkeit auf und versucht außerdem, eine Steigerung der Zahl von Aussiedlern aus Polen in die BRD durchzusetzen.

Die polnischen Genossen haben in den vergangenen Monaten die Informationsübergabe zum Vatikan deutlich verstärkt. Nützlich wäre es, wenn in diesen Informationen noch stärker auf die Ostpolitik des Vatikans und auf seine Rolle in der politisch-ideologischen Diversion eingegangen werden könnte.

#### Fragen, die erörtert werden könnten

- Aktuelle Aspekte der imperialistischen Politik gegenüber Polen (USA, BRD) und sich daraus für Polen ergebende Möglichkeiten und Probleme.
- Beurteilung der Politik des Vatikans gegenüber Polen und daraus resultierende Folgen für das Verhältnis von Staat und Kirche in Polen; Hintergründe für die erneute Verschärfung dieses Verhältnisses, u.a. in Verbindung mit der Einführung eines Faches Religionskunde in den Schulunterricht.
- Einschätzung des neuen Apostolischen Nuntius mit Sonderaufgaben (zuständig für die sozialistischen Staaten Europas) und Chef der Delegation des Heiligen Stuhles für Arbeitskontakte mit der polnischen Regierung, Francesco Colasnonno, und möglicher neuer Akzente in der vatikanischen Ostpolitik.
- Erwartungen, Probleme in Verbindung mit dem für 1987 geplanten Polen-Besuch des Papstes.
- Formen und Methoden der Organisation des politischen Untergrundes durch Residenturen oder einzelne Mitarbeiter/Agenten imperialistischer Geheimdienste in den Auslandsvertretungen imperialistischer Länder in der VR Polen; geheimdienstliche Kontakte zu Kirchenvertretern.
- Aktivitäten, Einfluß der gegen die VRP tätigen Zentren und Organisationen, besonders der neueren Emigration und der Auslands-"Solidarnosc"; Aktivitäten der imperialistischen Geheimdienste zum Ausbau ihrer Positionen in diesen Zentren und Organisationen.

- Geheimdienstlich gesteuerte Handlungen (Kontaktaufnahmen) durch Vertreter von Ostforschungseinrichtungen und Medien der BRD in der VRP bzw. gegenüber Besuchsreisenden aus der VRP.

### CSSR

Die innere Lage ist nach westlicher Einschätzung völlig unter Kontrolle der reformfeindlichen Führung, die gegen oppositionelle Kräfte, wie die "Charta 77", hart vorgehe und dadurch erreicht habe, daß sie keine nennenswerte Bedeutung mehr besäßen. Solange es gelänge, den relativ hohen Lebensstandard der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, seien keine grundsätzlichen Veränderungen zu erwarten. Probleme könnten sich in der Perspektive aus dem veralteten Produktionsapparat und durch den Verzicht auf eigentlich notwendige Reformen ergeben.

In der letzten Zeit spielen westliche Medien verstärkt Meldungen hoch, die als Anzeichen für eine wieder zunehmende Anziehungskraft der katholischen Kirche, speziell in der Slowakei, auch auf Teile der Jugend interpretiert werden können. In diesem Zusammenhang wird auf das schlechte Verhältnis zwischen dem Staat und der Kirchenführung unter dem konservativen Erzbischof Tomasek hingewiesen. Es wird damit gerechnet, daß von staatlicher Seite Bemühungen um eine Verbesserung dieses Verhältnisses unternommen werden. Probleme der politisch-ideologischen Diversion spielen in den von CSSR-Seite übergebenen Informationen vergleichsweise eine relativ geringe Rolle. Am interessantesten waren verschiedene Materialien, die sich mit der Ausnutzung des KSZE-Prozesses für die ideologische Diversion, speziell der verstärkten westlichen Demagogie und Hetze in Fragen der Menschenrechte und Kontakte, befaßten.

### Fragen, die erörtert werden könnten

- Mögliche neue Akzente in der Politik der katholischen Kirche in der CSSR und in ihrer Steuerung durch den Vatikan.
- Beurteilung der Aktivitäten der antisozialistischen Emigration aus der CSSR und ihre Wirksamkeit im Lande.
- Hinweise auf gegnerische Vorstellungen zur Nutzung des CSSR-Territoriums für Treffen regimefeindlicher bzw. -kritischer Gruppierungen aus der DDR, der CSSR, der VRP und der UVR.

UVR

Von gegnerischer Seite wird die innere Lage in der UVR als stabil eingeschätzt und dabei das große Ansehen hervorgehoben, das Gen. Kadar in großen Teilen der ungarischen Bevölkerung besitze. Daran würden auch Anzeichen für eine gewisse Unzufriedenheit in Teilen der Arbeiterklasse nichts ändern, die sich aus bestimmten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Vergrößerung des sozialen Gefälles zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ergebe.

Imperialistische Ostforschungseinrichtungen beobachten und analysieren die Lage und Entwicklung in der UVR auch unter dem Gesichtspunkt, ob sich hier ein Modellfall für einen wirtschaftlichen Reformprozeß abzeichne, der letztlich zu einer Veränderung des gesellschaftspolitischen Systems in einem sozialistischen Staat führen kann. Dabei wird auch untersucht, ob und wie der Westen diesen Prozeß fördern könne, ohne das ungarische Modell zu diskreditieren. Gleichzeitig wird der UVR eine zunehmende innenpolitische Liberalisierung bescheinigt, die sich auch in dem flexiblen und taktisch geschickten Vorgehen gegen Dissidenten zeige.

Regimekritische Friedens- und Umweltgruppen sowie einzelne Dissidenten (Schriftsteller und andere Kulturschaffende) führen gelegentlich Demonstrationen, illegale Treffen und andere Aktionen durch bzw. publizieren kritische oder feindliche Arbeiten, mit denen offenbar auch die Toleranzgrenze der ungarischen Staatsorgane getestet werden soll.

Von den ungarischen Genossen haben wir interessante Materialien zur westlichen Wertung des Budapester Kulturforums, zur Nutzung sog. "Ostblock-Überläufer" durch gegnerische Ostforschungseinrichtungen für die Analyse und Beurteilung der Situation in den sozialistischen Ländern sowie zum Vatikan erhalten, wobei aber die besonders interessierenden Probleme der vatikanischen Ostpolitik nur eine relativ geringe Rolle spielten. Nützlich waren auch Materialien zu RFE/RL.

Fragen, die erörtert werden könnten

- Erkenntnisse über gegnerische Pläne, die aus westlicher Sicht relativ liberale Behandlung oppositioneller Kräfte in der UVR durch die ungarischen Staatsorgane für den Aufbau einer inneren Opposition auszunutzen und sie für spätere Aktionen vorzubereiten.

- Erfahrungsaustausch über geeignete Methoden, um innere Opposition sowie ihre Kontakte zu gegnerischen ausländischen Kräften und Zentren unter Kontrolle zu halten und Aktionen dieser Kräfte zu verhindern.
- Beurteilung der Rolle und des Einflusses der katholischen Kirche in der UVR.

### VRB

Die VRB stand in den vergangenen Jahren unter besonders scharfem politischem Druck des Gegners. Nach dem Scheitern der Kampagne über die angebliche Verwicklung Bulgariens in das Papst-Attentat konzentrieren sich die feindlichen Angriffe gegenwärtig auf Fragen, die mit der Wiederherstellung der bulgarischen Namen der muslimischen Einwohner der VRB verbunden sind. Initiiert von der Türkei und zunehmend unterstützt von anderen imperialistischen Staaten (USA) wurde eine antibulgarische Kampagne inszeniert, die sich auch in multilateralen Tagungen (z. B. UN-Menschenrechtskommission, Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte) widerspiegelte und sie teilweise zusätzlich komplizierte. Es ist mit einer Fortführung dieser Kampagne zu rechnen, u.a. auch in Verbindung mit der Wiener Folgekonferenz. Die imperialistischen Staaten wollen den Druck auf die VRB noch erhöhen, um sie zu einer Wiederherstellung der alten Situation zu zwingen.

Gegnerische Ostforschungseinrichtungen bewerten die innere Lage der VRB im wesentlichen als stabil, zumal Regimekritiker und Dissidenten keine Rolle spielten. Die Probleme in Verbindung mit der sog. "türkischen Minderheit" (Bevölkerung muslimischen Glaubens) hätten langfristig gesehen für die innere Sicherheit des Landes kein entscheidendes Gewicht, auch wenn einige Terroranschläge in den Jahren 1984/85 damit in Verbindung stehen könnten. Die soziale Lage sei im allgemeinen zufriedenstellend, wobei allerdings das Wohnungsproblem sehr drückend sei.

Bulgarien ist das einzige Land, aus dem wir periodisch analytische Informationen des Sicherheitsorgans zur feindlichen Propaganda und ideologischen Diversion der USA und ihrer Verbündeten erhalten. Diese Materialien, die wesentliche Aussagen über Zentren, inhaltliche Schwerpunkte und Methoden des gegnerischen Vorgehens enthalten, sind für uns sehr nützlich.

Fragen, die erörtert werden könnten

- Beurteilung der Ziele und Auswirkungen der antibulgarischen Kampagne des Gegners und Möglichkeiten ihrer gemeinsamen Bekämpfung.
- Welche Rolle spielen gegnerische Geheimdienste bei der Steuerung dieser Kampagne?
- Beurteilung der Lage unter den bulgarischen Bürgern muslimischen Glaubens und gegnerische Versuche zur verstärkten Beeinflussung und Nutzung dieser Bevölkerungsgruppen für feindliche Aktionen.

Kuba

Kuba steht bereits seit vielen Jahren unter einem massiven politischen, ideologischen und ökonomischen Druck des USA-Imperialismus, der alle zur Verfügung stehenden Mittel zur Untergrabung der inneren Stabilität und zur internationalen Diskreditierung Kubas nutzt. Die USA und ihre Verbündeten greifen Kuba besonders wegen seiner Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf in Mittelamerika und Afrika massiv an und beschuldigen es des angeblichen Exports der Revolution.

Auf der Basis eines Dekrets von USA-Präsident Reagan wurde der antikubanische Hetzsender "José Martí" in Miami/USA errichtet und hat im Juni 1985 seine Sendungen aufgenommen. Damit wurde eine neue Phase der ideologischen Kriegführung gegen Kuba eingeleitet. Die Aufgabe dieses Senders, der wöchentlich 102 Stunden sendet und alle Provinzen Kubas erreicht, besteht in der ideologischen Unterwanderung der Bevölkerung Kubas.

Ein weiteres Mittel der Einflußnahme sind die Nutzung der Kontakte der Exilkubane in den USA, vor allem in Florida, zu ihren Verwandten und Bekannten in Kuba für die Propagierung der westlichen Lebensweise und antikubanischer Hetze. Die Emigrations- und Reiseproblematik wird von den USA gezielt zur Druckausübung und Diversion mißbraucht.

Ein Träger der ideologischen Diversion im Lande ist ferner die katholische Kirche die sich jedoch zunehmend moderater verhält und sich auf eine langfristige Massenwirksamkeit konzentriert.

Fragen, die erörtert werden könnten

- Kubanische Beurteilung der Wirksamkeit des Senders "José Martí" und der kubanischen Emigration bei der antisozialistischen Beeinflussung der Bevölkerung Kubas.
- Einschätzung der Rolle der katholischen Kirche und der Möglichkeiten zu ihrer Neutralisierung.
- Die Gelegenheit könnte auch genutzt werden, sich von den kubanischen Genossen über die Situation in Nicaragua und die amerikanische Mittelamerika-Politik informieren zu lassen.